

Chaos Computer Club Zürich CCCZH  
Luegislandstrasse 485  
8051 Zürich  
E-Mail: [vorstand@ccczh.ch](mailto:vorstand@ccczh.ch)  
URL: <https://www.ccczh.ch/>



Chaos Computer Club Zürich CCCZH, Luegislandstrasse 485, 8051 Zürich

Nachrichtendienst des Bundes NDB  
Daniel Löhner  
Papiermühlestrasse 20  
3000 Bern

30. Juni 2013

## Vernehmlassungsantwort zum E-NDG

Liebe Damen  
Liebe Herren

Der Chaos Computer Club Zürich CCCZH erachtet die vorliegende Neukodifikation der Gesetzgebung für den zivilen Nachrichtendienst, verkörpert durch den Nachrichtendienst des Bundes NDB, als die reinste Farce und als eine Gefahr für die freiheitliche Ordnung der Schweiz.

Im Lichte der Unfähigkeit des NDB sich nur schon mit den geltenden rechtlichen Grundlagen zurechtzufinden, sehen wir **keinen** Anlass, dem NDB zusätzliche Kompetenzen zu verschaffen.

Wir weisen auf Grund des konkreten Gesetzestextes auf die Gefahren hin, die durch die Neukodifikation gesetzlicher Grundlagen für den Nachrichtendienst des Bundes NDB entstehen.

## Zu konkreten Kritikpunkten am E-NDG

### Art. 1 Gegenstand und Zweck

Gleich eingangs in Abs. 1 erscheint absurd, wie der NDB mit beliebigen *Privaten* oder

dem *Ausland* interagieren kann. Ein enges Korsett kann helfen, dem NDB übereifrig Kommunikationswege zu eröffnen. Es muss verhindert werden, dass der NDB mit zweckdienlichen kriminellen Zusammenhängen oder Ländern in Interaktion tritt, welche weder Moral noch Gesetz beachten.

Hinsichtlich Abs. 2 Bst. a und b bleibt die Frage offen, inwiefern der NDB nicht selber dazu beiträgt, Unsicherheit und Ungesetzlichkeit zu fördern – dadurch sich schon heute über Gesetze hinwegzusetzen und etwa unrechtmässig in die Privatsphäre von Personen einzubrechen. Dies hat der letzte Bericht der Geschäftsprüfungsdelegation aufgezeigt.

Was Abs. 3 betrifft, wird durch die Aufgabe des NDB den *Schutz des Werk-, Wirtschafts- und Finanzplatzes Schweiz* zu sichern, der Weg frei Industrie-/Wirtschaftsspionage zu betreiben. Wie die “Neutralität” der Schweiz in diesem Kontext zu wahren ist, bleibt unbeantwortet.

## **Art. 2 Verpflichtete Behörden und Personen**

Bst. b und c stehen in einem Spannungsverhältnis: Einerseits sollen nach Bst. b Personen des privaten Rechts informationell zugänglich sein, *soweit sie über nachrichtendienstlich relevante Informationen verfügen*, andererseits nach Bst. c auch Personen, die “nur” nach dem Gesetz dazu verpflichtet sind. In Bst. b fehlt das Bekenntnis dazu, Informationen direkt oder indirekt (über Mittelspersonen) **nur** legal zu beschaffen.

## **Art. 3 Grundsätze der Informationsbeschaffung**

Abs. 1 und 4 zeigen deutlich auf: Der Einbruch in die Privatsphäre von Personen soll zur Norm erhoben werden.

Abs. 5 ist angesichts der Ergebnisse der Geschäftsprüfungsdelegation sowie der medialen Berichterstattung <sup>1</sup> erfahrungsgemäss nicht zu trauen.

Mit Abs. 6 wird ein weites Tor geöffnet, um nach eigenem Ermessen jedwede Art von Aktivitäten, die dem Dienst als *gewalttätig-extremistisch* oder *terroristisch* erscheinen, bereits in der Vorbereitung zu observieren.

## **Art. 4 Aufgaben des NDB**

Wie in der Kritik an Art. 3 angebracht, bleiben grosse Fragezeichen, was genau *Terrorismus* oder *gewalttätigen Extremismus* ausmachen. Zusätzlich soll neu nach Abs. 1 Bst. a Zif. 4 der Angriff auf *kritische Infrastrukturen* erkannt und verhindert werden. Dem Bericht zum Vorentwurf ist erkenntlich, dass Zif. 4 auch gerne im Zusammenhang mit Zif. 1 in Verbindung gebracht werden mag. Es stellt sich beispielsweise die Frage,

---

<sup>1</sup>Vgl. WOZ vom 20.6.2013 über “Zwei gewalttätige SeniorInnen”.

ob Angriffe z. B. des Anonymous-Kollektivs, die nicht selten von jugendlichen Akteuren ausgehen, als *Terrorismus* zu verstehen sind. Im Fokus der Beobachtungen des NDB standen diese Vorgänge zumindest in der Vergangenheit bereits <sup>2</sup>, so dass grosse Gefahren dafür drohen, legitimen Protest via Mitteln des digitalen Protests vollziehen zu dürfen, ohne in die Fängen des NDB zu geraten.

Im Bericht Vorentwurf (2013: 21) wird deutlich, dass sich der NDB als bedeutenden Dienstleister zur Sicherung des WEF versteht – einer Veranstaltung, die von geringer politischer Legitimität geprägt ist. Je nach Art der Informationen, welche der NDB im Rahmen seines *Nachrichtenverbunds* sammeln möchte, stellt sich die Frage, inwiefern diese beispielhafte Ambition zu Art. 3 Abs. 5 steht, wo versprochen wird die *politische Betätigung und Ausübung der Meinungs-, Versammlungs- oder Vereinigungsfreiheit in der Schweiz* **nicht** zu tangieren. Zur Erinnerung: Der NDB hat in der Vergangenheit stets politische Aktivitäten, insbesondere linksstehender Aktivst:innen, beobachtet und “Fichen” angelegt. Dies ist in den Medien ausreichend belegt. Darüber kann sich der NDB unter dem Suchbegriff “Fichenaffäre 2.0” selbst überzeugen, falls dies in OSINT nicht ohnehin gespeichert ist.

## Art. 5 Schutz- und Sicherheitsmassnahmen

Aus dem Bericht zum Vorentwurf (2013: 22) wird klar, dass der NDB *Dritte* beauftragen kann, Sicherheitskontrollen durchzuführen. Wie weiterhin offenbart wird, können auch *Angehörige der Armee* beim NDB ein- und ausgehen: Es stellt sich uns die Frage, wie stark die Grenzen zwischen zivilem und militärischem Nachrichtendienst (MND) heute schon verschwommen sind. Es ist wenig vertrauenerweckend, dass verschiedenste Personen auf besonders sensible Personenfichen Zugriff haben mögen – auch wenn der NDB nach Abs. 2 ein *besonders gesichertes Computernetzwerk* zu betreiben (gedenkt). Es ist gerade deshalb wichtig, dass der NDB möglichst wenig Daten sammelt. Der (erweiterte) Personenkreis, welcher potenziell Zugriff auf sensible Personendaten hat, scheint zu gross. Auch kann der NDB, wie er in der Vergangenheit bereits gezeigt hat, nicht ausschliessen, dass “frustrierte Mitarbeitende” sich grösserer Datensammlungen ermächtigen – wie bei der kürzlichen Datenpanne deutlich. Den Menschen an und für sich wird auch der NDB nicht in den Griff kriegen – Allmachtsfantasien und Hollywood-Dystopie hin oder her.

Weiterhin gedenkt der NDB zur Sicherung von *Gesprächen mit sehr sensiblen oder hoch klassifizierten Inhalten* den Einsatz von *störenden Fernmeldeanlagen* zu betreiben. Dabei wird nicht ausnahmslos ausgeschlossen, dass der Fernmeldeverkehr im *öffentlichen Interesse* oder von *Dritten* gestört wird (Bericht Vorentwurf 2013: 22; 23). Wir sind der Ansicht, dass dem NDB die Nutzung solcher Geräte zu untersagen ist. Ein Staat, welcher als Störfriede auftritt, kann nicht als vertrauenswürdig betrachtet werden. Mit Sicherheit gelingt es dem NDB ruhige (unbewohnte) Orte zu finden, wo er die anvisierten

---

<sup>2</sup>Vgl. 20minuten Online vom 1.7.2011 über “Wenn Anonymous will ...”.

sehr vertraulichen Gespräche führen kann. Dazu scheint es keineswegs erforderlich zivile Kommunikationsdienste zu stören – auch nicht temporär. Viel eher erscheint uns diese Regelung als vorgeschoben, um “Gespräche” an Orten durchzuführen, wo Kommunikation zwischen Menschen gezielt gestört werden soll.

## **Art. 6 Bewaffnung**

Es ist sehr “beruhigend”, dass auch der NDB Waffen gemäss Abs. 2 nur im Falle von *Notwehr oder Notstand* einsetzen können soll. Dennoch: Uns erscheint die Bewaffnung eines Nachrichtendienstes, der sich als “zivil” betrachtet, fehlgeleitet – auch wenn dies im heutigen BWIS bereits legalisiert ist. Es ist uns schleierhaft, in welchen (wilden) Zusammenhängen sich der NDB in Zukunft tummeln will, dass eine Bewaffnung unbedingt erforderlich ist.

Es fehlt zudem eine Regelung, welche grob die Art der Bewaffnung festlegt: Können das auch Maschinengewehre oder weitergehende Artillerie sein? Je nach NDB-Aussenposten und (kriegerischem) Gefahrenherd im (wilden) Ausland scheint uns – im Sinne des Gesetzes – zuletzt alles legitimierbar. Der Vorentwurfsbericht (2013: 23) liefert dazu keine klare Antwort. Immerhin beruhigt uns der Umstand, dass der Bundesrat und nicht der NDB selber festgelegt, wie das NDB-Waffenarsenal im Detail beschaffen sein soll. Es bleibt allerdings heikel, die detaillierte Bewaffnung des NDB alleinig über den Verordnungsweg zu verfügen.

## **Art. 9 Zusammenarbeit mit der Armee**

Die Zusammenarbeit des NDB mit der Armee soll fortbestehen, womit faktisch ein Datenaustausch zwischen den zivilen und militärischen Nachrichtendiensten erlaubt ist. Dieser Tendenz auf gesetzlicher Grundlage den militärisch-industriellen Komplex festzuschreiben, steht der CCCZH sehr kritisch gegenüber. Es verschwimmen die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Sicherheit und der Zugriff auf die Datensammlungen ist einem grösseren Personenkreis gegeben.

Nicht ganz unspannend ist, wie der NDB die Armee, respektive den Militärischen Nachrichtendienst MND, “nutzen” kann, um sich Informationen zu verschaffen. Da die Regelungen des MND wesentlich “lascher” sind, wird dieser harmlos anmutende Art. 9 ein beliebtes Einfallstor sein, um auf allen möglichen Kanälen Informationen für den NDB beschaffen zu können, wenn es diesem nur gelingt, gute Beziehungen zur Armee zu erhalten.

Eine deutliche Trennung von zivilen (mithin industriellen) und militärischen Interessen müsste solche Auftragswege von vornherein ausschliessen und nicht vermengen.

## **Art. 10 Zusammenarbeit mit dem Ausland**

Der gesetzlichen Zusammenarbeit des NDB mit ausländischen Nachrichtendiensten ist nicht ohne Besorgnis zu begegnen: Im Zuge der PRISM- und Tempora-Enthüllungen wird zunehmend deutlich, welchen Ausmasses Datensammlungen sein können, welche ausgebaute Nachrichtendienste aufbauen können. Im vorliegenden Entwurf wird in Abs. 1 Bst. e der Betrieb nachrichtendienstübergreifender *internationaler automatisierter Informationssysteme* verankert. Im Zusammenspiel mit vertrauensbildenden Massnahmen, welche sich der NDB via Abs. 2 sichert, wird die für das Zustandekommen erfolgreicher *Agreements* oder *Memorandums of Understanding (MoU)* (vgl. Bericht Vorentwurf 2013: 24ff.) nötige Mobilität geschaffen.

## Art. 11 Öffentliche Informationsquellen

Bst. b, wonach der NDB von *Privaten zugänglich gemachte Datensammlungen* nutzen kann, ist ein Freipass, um jedwede Form (personenbezogener) Daten zu erhalten, die dem Dienst genehm sind. Das lässt etwa auch die Nutzung von Datensammlungen zu, die auf nicht-legalen Wege beschafft wurden. Der NDB lässt sich hier die Möglichkeit offen, Private anzuheuern, systematische Datensammlungen zu durchleuchtender Zusammenhänge anzulegen, um sich die Datensätze sodann anzueignen. Das ist zwar nicht ganz ungeschickt, moralisch aber genauso verwerflich.

## Art. 12 Beobachtungen an öffentlichen und allgemein zugänglichen Orten

Wir sind der Ansicht, dass der NDB nicht nur im Bereich einer *geschützten Privatsphäre* **keine** Observation zu betreiben hat, sondern ganz allgemein im Bereich der *Privatsphäre* von Personen **nicht**. Die Gratwanderung zwischen einer *geschützten* und entsprechend nicht-geschützten *Privatsphäre* würde dem NDB gut passen, nach eigenem Ermessen Schlupflöcher in der Rechtsauslegung, respektive eigenen Rechtsauffassung, auszunutzen.

Besonders verstörend erscheint die – ebenfalls im Bericht des Vorentwurfs geäusserte – Vorstellung, wonach der NDB auch gerne Drohnen und Satelliten einsetzen will: Es ist viel eher umgekehrt erforderlich, dass der Einsatz von Drohnen und Satelliten geradezu **explizit** ausgenommen wird. In keinem Fall sollten Steuerzahlende dem NDB (den [legalen] Zugriff auf) solche “Spielzeuge zur Vogelperspektive” verschaffen: Bodennahe Werkzeuge müssen reichen.

## Art. 13 Menschliche Quellen

Ganz abgesehen des Euphemismus um *menschliche Quellen*, für welche der Bund Schwarzgeldzahlungen in unbekannter Höhe entrichten soll, wird auch die Möglichkeit für legal erklärt, Informant\_innen / private Spitzel mittels Falschpapieren auszustatten.

Diese Normen werfen ganz grundsätzliche Fragen auf, die direkt mit der Rolle des Staats als “Vorbild” zusammenhängen. Oder: Weshalb genau sollen sich Bürger eines Staats an

Gesetze halten, wenn doch manche gleicher sind als andere?

#### **Art. 14 Ausschreibung von Personen und Fahrzeugen zwecks Aufenthaltsfeststellung**

Der NDB möchte Fahrzeuge tracken können, wie dies die Polizei im strafprozessualen Bereich ebenfalls vollziehen kann. Wenig eindrucksvoll wird dies, wie so oft, mit drohenden Gefahren für die *innere oder äussere Sicherheit der Schweiz* begründet, wie im Bericht zum Vorentwurf (2013: 29) zu lesen.

#### **Art. 15 Legendierungen**

Unsere diesbezügliche grundsätzliche Kritik ist der Kritik an Art. 13 zu entnehmen.

#### **Art. 16 Tarnidentitäten**

Dito.

#### **Art. 17 Auskunftspflicht bei einer konkreten Bedrohung**

Will der NDB eine Bedrohung für die, once again, *innere oder äussere Sicherheit* erahnen, soll mit diesem Artikel sichergestellt werden, dass alle Behörden, von Bund oder Kantonen, die “benötigte” Information herausrücken.

Sehr negativ fällt der folgende Satz im Bericht Vorentwurf (2013: 33) auf: *Bei schwerwiegenden Bedrohungen der inneren oder äusseren Sicherheit gehen die Interessen der staatlichen Gemeinschaft an der Erteilung der Auskunft dem Anspruch der betroffenen Bürgerinnen und Bürger an der Wahrung der Privatsphäre grundsätzlich vor.*

Mit Sicherheit teilen viele Bürger\_innen unsere Ansicht, dass mit einem solchen Mindset, jene die *staatliche Gemeinschaft* viel stärker destabilisierende Wirkung vom NDB ausgehen mag, anstatt von diffusen, terroristischen oder gewalt-extremistischen Banden, nach welchen der NDB eifrig trachten will.

#### **Art. 18 Besondere Auskunfts- und Meldepflicht**

Eine *besondere Auskunfts- und Meldepflicht* besteht für eine Reihe sensibler Datenbanken, von Polizei, über Militär (inklusive Militärischem Nachrichtendienst MND), Bundesamt für Migration BfM, Einwohnerkontrollen, von Behörden, die für den Verkehr zuständig sind, welche Informatikdienste betreiben oder welche die Aufsicht über den Finanzmarkt ausüben – alles dies “schön gebüschelt” in Abs. 1. Ebenfalls sind diese Behörden verpflichtet, selber Auskunft zu erteilen, falls ein Vorgang in das Raster des NDB passt.

*Besonders* an der Auskunfts-/Meldepflicht ist ihr Zwangscharakter – keine Widerrede vorgesehen.

Die in diesem Zusammenhang aufwerfbaren Fragenkomplexe sind vielfältig: So ist sicherlich interessant zu wissen, weshalb dem NDB der leichte Zugang zu Daten des BfM, welche Daten ausländischer Mitbürger\_innen aus dem Migrations- oder Asylbereich verwaltet, zu geben ist. Sind diese durch ihre ausländische Herkunft oder Elternschaft etwa eine besondere Gefährdung für die *innere oder äussere Sicherheit* der Schweiz?

Grundsätzlich können wir nur empfehlen, dem NDB in dieser Sache deutlich die Hände zu binden: Das Missbrauchspotenzial ist gigantisch, wenn dieser anfängt all diese Register zentralisiert bei sich zu spiegeln und in altbekannter Paranoia zu Scheinzusammenhängen zu verknüpfen.

Da beruhigt uns die Beteuerung im Bericht Vorentwurf (vgl. 2013: 35) wenig, es handle sich um keine *integrale Auskunftspflicht*, die hier installiert werde, sondern, dass die Auskünfte nur im Einzelfall eingeholt würden.

Nachdem der NDB und seine Vorgängerorganisationen wiederholt in die Hunderttausende Bewohner\_innen dieses Landes fichiert haben, ist diesem nicht noch eine rechtliche Handhabe dafür zu bescheren, damit er dies neuerdings *besonders* legal vollziehen kann.

#### **Art. 21 Besondere Auskunftspflichten Privater**

Der Wunschkatalog des NDB nimmt ob diesem Artikel besonders allmachtsfantastische Züge an: Nachdem in den vorhergehenden Artikeln sich im Bereich Bund und Kantone ordentlich bedient wird, besteht die Vorstellung, auf *Videoüberwachungssysteme privater Betreiberinnen und Betreiber* Zugriff nehmen zu können – dies in Abs 1 Bst. b. Doch: Damit der NDB ebenfalls im Bereich des Strassenverkehrs bestens im Bilde ist, sollen via Bst. a auch Transportunternehmen informationell ordentlich umverteilen.

Ein Staat im Staat ist wahrlich, was dem NDB perspektivisch vorschwebt: Dem sind mit Vehemenz nicht nur Riegel, sondern ganze Mauern vorzuschieben!

#### **Art. 22 Arten von genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen**

Endlich – im Zentrum des Gesetzes angelangt – wird der geplante Überwachungswahn überdeutlich. Wir fassen grob Abs. 1 zusammen: Orten und Überwachung von Festnetz-/Mobiltelefonie, Internetüberwachung, Verwanzung privater Räume, Eindringen in fremde Computersysteme, um Daten zu kopieren oder die Möglichkeit Störaktionen gegen Computersysteme auszuführen. Abs. 2 postuliert ferner, dass die Vorgänge *verdeckt* abzulaufen haben, damit das Rumschnüffeln und -wüten in fremden physischen und virtuellen Räumen niemandem auffällt.

Es spielt für uns keine Rolle, dass diese Massnahmen *genehmigungspflichtig* sind, denn die bewilligenden Gremien werden sich vom NDB über die Erfordernis der einen oder anderen Überwachungs- oder Störaktion überzeugen lassen. Hinzu kommt, dass den bewilligenden Gremien ohnehin meist die Kenntnis fehlt, um wahrlich abzuschätzen, ob die geforderten Massnahmen erforderlich sind.

Spätestens an diesem Punkt angelangt, dürfte das Misstrauen in den Schweizer Staat gen Null schwinden. Ein Staat, welcher nur schon die Möglichkeiten aufweist, dermassen invasiv und präventiv gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen, erzeugt höchste Skepsis.

### **Art. 23 Grundsatz**

In diesem Artikel wird in Abs. 1 Bst. a klar, in welchen Fällen diese Massnahmen zum Einsatz kommen können – auch gerne zur *Wahrung weiterer wesentlicher Landesinteressen*, auf Deutsch: Industrie-/Wirtschaftsspionage.

Dass die Massnahmen seitens des Bundesrats bewilligt werden müssen (vgl. Abs. 2) erzeugt bei uns Misstrauen – bis in die oberste Führungsriege des Landes.

Um weitere Bundesstellen oder Kantone in ein vom NDB organisiertes “Schlamassel” reinzuziehen, besteht via Abs. 3 ein Top-Down-Ansatz, welcher die “Mitarbeit” erzwingt – die “schweizerische Kultur” dieser Praxis kann angezweifelt werden. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Kantone im Rahmen dieser Vernehmlassung gegen diese vorgesehenen *Anordnungen* zu wehren wissen. Sie beeinträchtigen nicht zuletzt die Beziehungen zwischen Bund und Kantonen. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen ist schliesslich (traditionell) von Freiwilligkeit – und nicht Zwang – geprägt.

### **Art. 24 Anordnung von genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen gegenüber Drittpersonen**

In diesem Artikel wird ein weitgehender Eingriff in den Privatbereich festgeschrieben: Der NDB möchte sich gesetzlich die Möglichkeit sichern, in die Privatsphäre von *Dritten*, speziell in das Umfeld von “Verdächtigen” einbrechen zu können – wenn er sich in seinem Bedrohungsbild bestätigt sieht.

### **Art. 27 Verfahren bei Dringlichkeit**

Durch diese Regelung zur *Dringlichkeit* stellt der NDB sicher – im Zweifel über die Verhältnismässigkeit einer Massnahme – auf jeden Fall und eigenmächtig im Privatbereich von Personen herumschnüffeln zu können.

Zwar bedarf die Überwachung (nachträglich) der Genehmigung, allerdings ist dies unnütz, da das (gewünschte) Wissen zu diesem Zeitpunkt bereits gewonnen ist – Pflicht zur Löschung hin oder her.



Wir trauen dem NDB zu, dass er illegal beschaffte Daten dazu verwendet, weitere Verdachtsmomente zu begründen. Ob er die illegal beschafften Daten in privaten, nicht-offiziellen Bereichen speichert, vermag der Bundesrat – schon rein technisch – nicht zu kontrollieren.

### **Art. 29 Mitteilungspflicht**

Diesen Artikel erachten wir als komplett sinnlos, da der NDB bei (falschen) – besonders peinlichen Überwachungsmanövern – in jedem Fall Gründe nach Abs. 2 geltend machen will, wieso er die *überwachte Person* nicht zu informieren hat.

### **Art. 30 Zusammenarbeit und Beauftragung in der Beschaffung**

Dieser Artikel zeigt auf, wie freizügig nachrichtendienstliche Informationen verteilt werden mögen. Damit entziehen sich Datensammlungen jeglicher Kontrolle, da international keine Regelungen bestehen. Dies gehört unterbunden.

### **Art. 32 Allgemeine Bestimmungen**

Abs. 2 führt wenig offensichtlich ein Bekenntnis des NDB zum “Cyberwar”. Er möchte ohne besondere Genehmigung “staatsgetriebenes Hacking” betreiben können – mit allem was dazu gehört. Die Schweiz sollte sich seiner Tradition besinnen und für Frieden sorgen – auch im Cyberspace. Dem NDB gehören solche Kompetenzen gekappt.

### **Art. 33 Funkaufklärung**

Abs. 6 führt eine Regelung, wonach *erfasste Kommunikation* bloss *so rasch wie möglich* zu löschen ist, wenn sie sich als unnütz herausstellt. Das ist dermassen lasch, dass es einem Gesetz solcher Tragweite nicht würdig ist.

Insgesamt, auf den gesamten Artikel bezogen, hat unserer Ansicht nach der NDB im Ausland nichts verloren. Der Artikel hat keine Legitimität und gefährdet die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Ausland.

### **Art. 34 Allgemeines**

Wir brauchen keine umfassende Überwachung in der Schweiz. Der Artikel lässt sich als “PRISM Schweizerischer Prägung” zusammenfassen und ist Humbug. Er stellt eine Gefahr für die Beziehungen der Schweiz zum Ausland dar. Alle damit verbunden Artikel gehören genauso schnell vergessen – entsprechend bis und mit Art. 38.

### **Allgemeines zum 4. Kapitel**

Die Zugriffsrechte zu den Informationssystemen sind an mehreren Stellen zum Teil gegensätzlich definiert. Einerseits werden Zugriffsrechte in den Artikeln zu den einzelnen Systemen (Art. 44-52) festgehalten, andererseits soll der Bundesrat für die Regelung der Zugriffsrechte zuständig sein (Art. 42 Abs. 2 Bst. b).

Aufbewahrungsfristen werden an den Bundesrat delegiert, obwohl gerade derartig fundamentale Regelungen in das Gesetz gehören.

### **Art. 39 Grundsätze**

Dass der NDB sich das Recht herausnimmt, *unrichtige Daten* “frischfröhlich” weiterzubearbeiten, sorgt hoffentlich zu kollektivem Kopfschütteln im Rahmen dieses Vernehmlassungsprozesses. Es ist ungeheuerlich, dass der NDB sich damit gesetzlich die Möglichkeit verschafft, unrichtige Zusammenhänge zu konstruieren, wie er dies in der Vergangenheit regelmässig gemacht hat. Dies kann den Werdegang von Personen bedeuten und negativ beeinflussen und sollte diskussionslos unterbunden werden. *Unrichtige Daten* gehören, wie der Begriff es nahelegt, restlos gelöscht.

### **Art. 40 Qualitätssicherung**

Die Kürze des Artikels weist bereits darauf hin, dass *Qualitätskontrolle* keine Kernkompetenz des NDB darstellen soll. Angesichts der sensiblen Daten, welche der NDB sammeln möchte, ist dies – gelinde gesagt – problematisch.

### **Art. 43 Zuweisung der Daten zu den Informationssystemen**

Trotz einem sehr umfangreichem Informationssystem, das wohl alle Bereiche abdecken soll, ist ein *Restdatenspeicher* vorgesehen, in dem alles beliebig gesammelt werden kann, was sich einer gesetzlichen Schubladisierung entzieht. Dies stellt, kurzum, eine Frechheit dar: Der NDB möchte damit vertuschen, welche weiteren sensiblen Daten er zu speichern gedenkt.

### **Art. 48 ELD**

Es scheint absurd, dass Private oder ausländische Stellen Zugriff auf eine nachrichtendienstliche Datensammlung bekommen sollen. Die so weitergegebenen Daten entziehen sich jeglicher rechtlicher Grundlage und man kann nicht kontrollieren, was mit diesen Daten geschieht.

### **Art. 49 OSINT-Portal**

Dies ist die einzige Datenbank, welche wir als legitim erachten, da sie nicht a priori die Privatsphäre von Personen verletzt – diese Informationen haben die Personen selber und freiwillig in die öffentliche Sphäre gestellt. Sie müssen also davon ausgehen, dass

diese gesammelt werden.

Darüber hinaus muss eine Regelung geschaffen werden, welche der Öffentlichkeit Zugang auf diese Datenbank verschafft. Schliesslich kann sich dann nicht nur der NDB als "Expertengruppe" Gefahren für die Schweiz vergewissern, sondern auch unabhängige Dritte in kollektiver Intelligenz.

#### **Art. 56 Weitergabe von Personendaten an ausländische Behörden**

Daten, die an das Ausland weitergegeben werden, entziehen sich nach der Weitergabe jeglicher rechtlicher Grundlage. Der NDB darf nicht dazu befugt sein, Daten an das Ausland weiterzugeben.

#### **Art. 57 Weitergabe von Personendaten an Dritte**

Der Artikel ist zu allgemein gefasst und lässt die Weitergabe von Daten an beliebige Stellen zu.

#### **Art. 58 Auskunftsrecht**

Das *Auskunftsrecht* stellt im vorliegenden E-NDG – wie schon im BWIS – ein "Nullstatement" dar. Eine Person kann real nie erfahren, ob sie in einer Datenbank geführt wird oder wurde. Es ist nicht tragbar, dass eine Behörde dermassen in der Privatsphäre von Personen herumwütet, ohne diesen gegenüber real Rechenschaft pflichtig zu sein. Diese Regelung ist für uns – nach wie vor – inakzeptabel und gehört verändert.

#### **Art. 59 Archivierung**

Eine Archivierung von teilweise sehr sensiblen Daten – für die Zeitspanne von 50 Jahren – ist absurd. Dass der Zugriff auf diese Daten seitens zahlreicher Behörden direkt oder indirekt weiterhin möglich ist, zeugt vom irren Wunsch, Personen über Jahrzehnte im Blick zu behalten und sie quasi lebenslänglich – über das gesamte Erwachsenenalter hinweg – auf Schritt und Tritt zu überwachen.

#### **Art. 60**

Es ist nicht Aufgabe des NDB als Dienstleister für Staat oder Wirtschaft aufzutreten. Die Erhöhung der IT-Sicherheit hiesiger Computersysteme ist ein Ziel, dass wir unterstützen können. Entsprechend sind die Stellen bei MELANI, oder gegebenenfalls bei der KOBIK, aufzustocken. Diese Behörden sind als Dienstleister in diesem Bereich akzeptierbar.

#### **Art. 61 Politische Steuerung durch den Bundesrat**

Der Abs. 2 stellt eine Gefahr für die öffentliche Kontrolle des NDB dar. Wenn der

NDB eine legale Praxis führt, muss er sich vor Zugangsgesuchen nach Öffentlichkeitsgesetz nicht fürchten. Er soll sich dem Aufwand stellen, Zugangsgesuche zu bearbeiten und Schlichtungsanträge sowie Prozesse vor dem Bundesverwaltungs- oder Bundesgericht auf sich nehmen. Falls der NDB etwa die Ansicht vertritt, dass “wer nichts zu verbergen hat, nichts zu befürchten hat”, so soll er sich selber nicht ausklammern.

#### **Art. 65 Selbstkontrolle des NDB**

Eine Selbstkontrolle des NDB erachen wir als eine Farce. Bei jeder Organisation, die ein Minimum an Vernunft aufzuweisen hat, besteht Selbstkontrolle.

Der Artikel hat einzig den psychologischen Zweck, Beruhigung zu streuen, gilt tatsächlich aber als “Nullstatement”.

#### **Art. 66 Aufsicht durch das Departement**

Der Zugang zu amtlichen Dokumenten mittels Öffentlichkeitsgesetz gehört in jedem Fall erhalten.

#### **Art. 67 Unabhängige Kontrollinstanz für die Funkaufklärung**

Dito.

#### **Art. 68 Aufsicht und Kontrolle durch den Bundesrat**

Der NDB wird mit Steuergeldern finanziert – entsprechend sollten seine Aufwendungen gegenüber der Öffentlichkeit bekannt sein. Es ist heute bereits eine Frechheit, dass über die Onyx-Funküberwachung offiziell keine Zahlen vorliegen, obwohl diese vom NDB (mit-)betrieben wird.

Jegliche Regelungen, wonach die *Finanzaufsicht* über den NDB *besonderer Geheimhaltung bedürfen*, sind zu streichen.

Das Schweizer Volk hat das Recht zu wissen – zu wissen, wie der Bund grosse Geldsummen dafür “verprasselt”, die Privatsphäre von Personen im grossen Stil zu verletzen.

#### **Art. 73 Vollzug durch Kantone**

Dem NDB soll, wie in diesem Artikel offenkundig zum Vorschein tritt, eine ansatzweise koordinierende Funktion über Bund und Kantone einnehmen – mit informationellem Hoheitsanspruch. Und Informationskontrolle ist zuletzt das, was Macht ausmacht. Dies ist in einem demokratischen Staat nicht tolerierbar.

## **Zu weiteren Gesetzesänderungen**

### **Zur Änderung des Archivierungsgesetzes vom 26. Juni 1998**

Diese Änderung steht mit Art. 59 in Verbindung und ist für uns nicht akzeptabel.

### **Zur Änderung des Öffentlichkeitsgesetzes vom 17. Dezember 2004**

Das Öffentlichkeitsgesetz gehört in keinem Fall angetastet. Wenn eine Behörde in der Schweiz besonderer Aufmerksamkeit bedarf, dann ist dies der NDB. Der NDB muss lernen, sich mit Zugangsgesuchen zu beschäftigen und deren Ablehnung zu begründen oder gegebenenfalls rechtlich zu bekämpfen. Freiwillig ist uns bewusst, dass der NDB nur wenig über sich preisgeben möchte. Gerade deshalb gehört das Öffentlichkeitsgesetz nicht ausgehöhlt.

### **Zur Änderung des Zivilgesetzbuch**

Der NDB darf keine "Flatrate" dafür haben, in Registern rumzuwühlen.

### **Zur Änderung des Strafgesetzbuch**

Unsere Kritik haben wir im Rahmen der Art. 15 und 16 E-NDG bereits angebracht. Nur: Hier wird die Aushöhlung des Rechtsstaates "wunderschön" sichtbar. Es ist skandalös, solche Passagen in das Strafgesetzbuch aufzunehmen.

### **Zur Änderung des Bundesgesetz vom 3. Oktober 2008 über die militärischen Informationssysteme**

Es ist unnötig, dass der zivile Nachrichtendienst Zugriff auf die Personaldaten der Armee erhält.

### **Zur Änderung des Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958**

Die Feststellung von Fahrberechtigungen ist Sache der Polizei – nicht des Nachrichtendienstes.

### **Zur Änderung des Fernmeldegesetz vom 30. April 1997**

Es geht nicht an, dass das Fernmeldegesetz um Passagen ergänzt wird, welche den Staat als Störfriede festschreiben.

### **Zur Änderung des Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung**

Der Staat erfüllt keine Vorbildfunktion, wenn er als Schwarzgeldzahler auftritt.

### **Zur Änderung des Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung**

Ob dieser Gesetzesänderungen kommt die Datensammelwut des NDB zum Vorschein. Das ist zu unterbinden.

### **Zur Änderung des Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge**

Dito.

### **Zur Änderung des Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung**

Dito.

### **Zur Änderung des Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung**

Dito.

### **Zur Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25. Juni 1982**

Dito.

## **Fazit**

Wir leicht zu erkennen ist, kann der CCCZH dieser Gesetzesvorlage nichts Positives abgewinnen. Wir empfehlen bestenfalls das Bundesgesetz zur Wahrung der Inneren Sicherheit (BWIS) neu zu strukturieren. Das Bundesgesetz über die Zuständigkeiten im Bereich des zivilen Nachrichtendienstes (ZNDG) gehört mit seinen Möglichkeiten zu Falschidentitäten allerdings schleunigst wieder aufgehoben und nicht etwa in ein neu strukturiertes BWIS integriert. Wir halten den Bund an, sich dem Prinzip der Datensparsamkeit zu verpflichten. Seine schon heute umfangreichen Datensammlungen, welche z. B. vom NDB verwaltet werden, stellen eine Gefahr für die Privatsphäre der betroffenen Personen dar.

Die Schweiz soll ein Land werden, wo mit bewaffneten Staatsspitzen agiert wird, der Bundesrat falsche Urkunden und Identitäten erstellt, via Satellit oder Drohnen die Bevölkerung überwacht wird, der Nachrichtendienst sich in "elektronische Kriegsspiele" verwickelt (statt für Frieden, auch im Cyberspace zu sorgen) und ausreichende gesetzliche Grundlage erhält, aus fragwürdigsten Quellen Informationen in unzähligen eigenen

Datenbanken abzuspeichern – auf welche auch militärische Personenkreise Zugriff haben. Selber soll der NDB fähig sein, mittels *genehmigungspflichtigen Massnahmen* Daten aus dem Bereich der Privatsphäre in verstärkter Masse zu beschaffen. Das kann auch aus Dringlichkeit geschehen. Möge es noch gelöscht werden müssen: Das Wissen ist dann schon gewonnen. Die überwachte Person wurde in ihrem Grundrecht auf Privatsphäre verletzt.

Wir fragen: Was hat das mit einem freiheitlichen Staat zu tun? Wir möchten in so einem präventiven Überwachungsstaat nicht leben müssen.

**Summasummarum: Der CCCZH lehnt den NDG-Vorentwurf als Ganzes ab.**

Chaotische Grüsse

Für den CCCZH: Erwin Herrsche, Hernani Marques u. a.